
Zurück in die Zukunft: Polens Weg in die IV. Republik

Joana Radzyner

Als Tadeusz Mazowiecki im Herbst 1989 als erster nichtkommunistischer Ministerpräsident auf dem Gebiet des ehemaligen sowjetischen Imperiums sein Amt antrat, versprach er den Polen einen Neubeginn. Statt zentralistischer Planwirtschaft und Einparteiendiktatur werde in der postkommunistischen Heimat nach dem bewährten Muster westlicher Demokratien Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit herrschen. »Polen kann sich ideologische Experimente nicht mehr leisten«, sagte der damals 61jährige katholische Publizist und frühere »Solidarność«-Berater und ließ seinen Finanzminister Leszek Balcerowicz in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds ein tiefgreifendes wirtschaftliches Reformprogramm ausarbeiten.

Mit den gesellschaftspolitischen Folgen der damals eingeleiteten »Schocktherapie« kämpft Polen noch heute. Die rasche Öffnung der Wirtschaft gegenüber dem Weltmarkt, die Privatisierung von Staatsbetrieben und die Förderung des privaten Sektors führten zu einer Explosion der Arbeitslosigkeit, zu chronischer Verarmung und zu wachsender Frustration. Die Freude über die wiedergewonnene politische Freiheit verblaßte, Existenzangst, Verunsicherung und Furcht vor sozialem Abstieg wurden immer stärker. Bei den Parlamentswahlen 1993 zogen die Polen die Notbremse und verhalfen den Erben der früheren kommunistischen Machthaber zur Rückkehr an die Macht. Es war zu spät. Die zu europabegeisterten Sozialdemokraten mutierten Postkommunisten waren nicht mehr bereit, aus dem nach Westen rollenden Zug abzuspringen. Vier Jahre später setzten die Polen deshalb wieder auf Parteien mit Solidarność-Wurzeln, um weitere vier Jahre später abermals auf Linksparteien zu setzen.

Aber für das tiefe Bedürfnis nach Sicherheit und für die Ideale von Gleichheit und Gerechtigkeit, die den Kampf der antikommunistischen Gewerkschaftsbewegung »Solidarność« im Sommer 1980 begleitet hatten, war in den Jahren des Ringens um NATO- und EU-Mitgliedschaft in keiner Regierung Platz.

Im Schatten der Bemühungen des »Transformationslandes« Polen, den Aufnahmekriterien der EU zu genügen, wuchsen die politischen Einflüsse des EU-feindli-

chen Bauernrebelln Andrzej Lepper und des EU-feindlichen, ultrakatholischen Nationalisten Roman Giertych. Der Humus, auf dem diese Populisten gedeihen konnten, waren die Unzufriedenheit und die Zukunftsängste der Wendeverlierer.

Die »moralische Revolution« der Zwillingbrüder

Im Wahlkampfsommer 2005, nach einer Endlosserie von Korruptionsskandalen und Politaffären im Schoße der Linksregierung Leszek Miller, war die Mehrheit der Polen reif für die »moralische Revolution«, die ihnen zwei Nachfolgeparteien der alten Solidarność versprochen.

Konkrete Gestalt verliehen dieser »moralischen Revolution« die Zwillingbrüder Jaroslaw und Lech Kaczynski, die mit ihrer Partei »Recht und Gerechtigkeit« in den Wahlkampf zogen.

Nach 16 Jahren postkommunistischer »Werte-Leere« soll diese »moralische Revolution« zur Rückbesinnung auf nationale Grundwerte führen. Auf den Fundamenten dieser Grundwerte soll ein neuer Staat errichtet werden: die »IV. Republik«*, wo Staat und Nation, Nation und katholischer Glaube gleichgesetzt sein würden.

Die Wurzeln dieses Denkens liegen in der nationalen Leidensgeschichte. Als der polnische Staat im 18. Jahrhundert zwischen dem zaristischen Rußland, Preußen und Österreich aufgeteilt wurde, avancierte die katholische Kirche zur Ersatz-Staatsautorität der auseinandergerissenen polnischen Nation.

Als Polen nach dem Ersten Weltkrieg wiederauferstand, kämpfte die »Nationaldemokratische Partei« des Roman Dmowski um einen Staat, der sich an den Werten Katholizismus, Volk und Nation orientieren würde. Die »*Endecja*« wurde am Vorabend des Zweiten Weltkrieges zur stärksten Kraft im Parlament. Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Machtübernahme der Kommunisten wurde die »*Endecja*« in die Illegalität gedrängt. Die Brüder Kaczynski seien dabei, ihr Gedankengut wieder salonfähig zu machen, warnte die rechtsliberale Warschauer Tageszeitung »*Gazeta Wyborcza*« knapp vor den Parlamentswahlen im Vorjahr. Janusz Majcherek schrieb, daß ein »Abklatsch der *Endecja*« im Entstehen sei, »wo sich der Nationalismus der Vorkriegszeit mit einem vorkonziliarischen Katholizismus vermengt und wo sich die Ablehnung der Modernisierung mit Mißtrauen gegenüber dem Westen vereint«.

Den Sieg über die »Bürgerplattform« bei den Parlamentswahlen im vergangenen Herbst verschaffte den Brüdern Kaczynski jedoch nicht die »moralische Revolution«, die beide Parteien beschworen. Zur Wunderwaffe, die das Land in zwei neue Lager spalten sollte, wurde im Wahlkampfendspurt die Gegenüberstellung zwischen dem »solidarischen Polen« der Gerechtigkeitspartei einerseits und einem »Polen der liberalen Experimente« der »Bürgerplattform«. Die Brüder Kaczynski wußten sehr gut, wie tief verwurzelt die Haßgefühle gegen privates Unternehmertum in einer Gesellschaft sind, die jahrzehntelang mit egalitären Parolen gefüttert wurde und die zu zwei Drittel unter oder knapp an der Armutsgrenze lebt.

* Polen wurde mit der Christianisierung unter Mieszko I. 966 Königreich (bis 1795). Polens kurzlebige I. Republik wurde 1794 in einem Aufstand gegen die Teilungsmächte und den Marionettenkönig Stanislaus Poniatowski von General Tadeusz Kosciuszko in Krakau ausgerufen. Die II. Republik bestand 1918 bis 1939 (Exilregierung in London bis 1947). 1945 folgte die kommunistische Volksrepublik. Seit der »Wende« 1989 besteht die III. Republik. (Red.)

Umstrittenes »Radio Maryja«

Das Konzept des »solidarischen« Polen fand auch Zuspruch in der einstigen Kreuzritterstadt Torun, wo der Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk seit 14 Jahren das nationalkatholische »Radio Maryja« leitet. Diese politisch stark umstrittene Rundfunkstation gehört nicht zum weltweiten Sendernetz »Radio Maria«, dessen pastorale Linie anders als bei »Radio Maryja« an den Vorgaben des Zweiten Vatikanischen Konzils orientiert ist.

Rydzyks Appell an seine Hörschaft am Vorabend der Wahlen, die Liberalen »zu versenken« und »auf das solidarische Polen« zu setzen, soll wahlentscheidend gewesen sein.

Die Sieger zeigten sich dankbar:

Als Jaroslaw Kaczynskis »Recht und Gerechtigkeitspartei« den Wahlsieg errang und der um nur 45 Minuten jüngere Bruder Lech die Präsidentenwahl gewann, avancierten das umstrittene »Radio Maryja« sowie der Fernsehkanal »Trwam« und die Tageszeitung »Nasz Dziennik«, die inzwischen ebenfalls zum Medienimperium Pater Rydzyks gehören, zu Sprachrohren der Regierung.

Welchen politischen Stellenwert Parteichef Jaroslaw Kaczynski diesem Zweckbündnis beimißt, war spätestens bei seiner öffentlichen Reaktion auf einen Offenen Brief des Vatikans klar, der die polnischen Bischöfe zu entschlossenen Maßnahmen im Zusammenhang mit den »antisemitischen Programminhalten« bei »Radio Maryja« aufforderte. Am Vorabend der mit Spannung erwarteten Reaktion des polnischen Episkopats verteidigte Jaroslaw Kaczynski den international umstrittenen Rundfunksender als »Hort des freien Wortes«. Nur »Feinde der Freiheit und der Demokratie« könnten an der Existenzberechtigung des Senders zweifeln.

Das wirkte. Entgegen dem Gerücht, daß Pater Rydzyk als Missionar nach Westafrika entsendet würde, einigte sich die Kirchenführung im Einvernehmen mit Vertretern des Redemptoristenordens auf die Schaffung eines achtköpfigen Programmbeirates zur Disziplinierung des charismatischen Radiodirektors.

Die Freundschaft mit Pater Rydzyk macht sich freilich bezahlt. Wer »Radio Maryja« hört, steht auch hinter den Brüdern Kaczynski. Anders als in den öffentlich-rechtlichen und privaten Medien muß ein Minister der Regierung Kazimierz Marcinkiewicz hier keine unangenehmen Fragen beantworten oder unliebsame Unterbrechungen befürchten, wenn für alle Mißerfolge der Regierung die verhaßten Liberalen verantwortlich gemacht werden. In den Medien des Pater Rydzyk ist auch genügend Platz für patriotische Symbolik, mit deren Hilfe das Kaczynski-Duo und Radiodirektor Rydzyk die nationale Seele sanieren wollen.

Spaltung im Solidarność-Lager

Über die langfristigen Folgen ihrer Allianz mit einem Geistlichen, der die polnische Kirche zu spalten droht und ihre liberalen Vertreter öffentlich diffamiert, scheinen sich die neuen Machthaber genauso wenig Gedanken zu machen wie über ihre Mitschuld an der jüngsten Spaltung im alten Solidarność-Lager.

Schon bei der Gründung der »Solidarność« als erster unabhängiger Gewerkschaft im Ostblock vor 26 Jahren waren Spannungen entlang der späteren ideologisch-politischen Bruchlinien spürbar, wie »Konspira« illustriert, eine Sammlung von Inter-

views mit versteckt lebenden Anführern der verbotenen »Solidarność« in den achtziger Jahren.

Aber die antikommunistische Opposition wollte damals vor allem das gemeinsame Ziel im Auge behalten – den Fall des verhaßten Regimes.

Die Jus-Studenten Jaroslaw und Lech Kaczynski befinden sich im August 1980 auf dem Gelände der Danziger Leninwerft, um die streikenden Arbeiter zu unterstützen.

Als Staats- und Parteichef General Wojciech Jaruzelski sechzehn Monate später das Kriegsrecht ausruft und die Gewerkschaft »Solidarność« verboten wird, kämpfen die Brüder als enge Vertraute von Arbeiterführer Lech Walesa im Untergrund weiter. Als das Regime im Frühling 1989 endlich fällt, verweigern sie dem ersten nichtkommunistischen Regierungschef Tadeusz Mazowiecki ihre Unterstützung. Statt kompromißloser Abrechnung fordert Mazowiecki einen Schlußstrich unter die kommunistische Vergangenheit. Sie setzen daraufhin auf Lech Walesa, dem sie gegen Mazowiecki zur Präsidentschaft verhelfen. Aber der neue Hoffnungsträger, der die Postkommunisten mit der Axt zu verjagen verspricht, will von radikaler Abrechnungspolitik bald nichts mehr hören.

Die enttäuschten Weggefährten beschimpfen den »Solidarność«-Gründer daraufhin als kommunistischen Spitzel und verlassen den Präsidentenpalast. Ihre große Stunde kommt erst im Jahre 2000 wieder, als Lech Justizminister wird und mit Sheriff-Methoden daran geht, das polnische Strafrecht zu verschärfen. Nur ein Jahr später erhebt Bruder Jaroslaw, der Chefstrategie des Duos, die Law-and-Order-Politik zum Programm seiner neuen Partei »Recht und Gerechtigkeit«. Bei den Parlamentswahlen desselben Jahres schenken ihr auf Anhieb 10 Prozent der Wähler ihr Vertrauen. Zu diesem Zeitpunkt ist die alte »Solidarność« längst in Dutzende bitter verfeindete ideologische Lager zerfallen. Die Brüder Kaczynski, die man bisher nur als streitbare Kritiker aller herrschenden Zustände kannte, werden in der breiten Bevölkerung als unkorruptierbare, auf keine materiellen Vorteile bedachten katholischen Patrioten geschätzt, die Polens Straßen wieder sicher machen wollen.

Aber im harten politischen Alltag der nationalkonservativen Minderheitsregierung unter Kazimierz Marcinkiewicz stieß der visionäre Kreuzzug der Ritter von der »Recht und Gerechtigkeitspartei« rasch auf Widerstand. Zur Durchsetzung von Gesetzen für die angepeilte tiefgreifende Umgestaltung des Staates fehlte die parlamentarische Mehrheit. Die Brüder Kaczynski zogen die Konsequenzen, die vollmundig angekündigte »moralische Revolution«, die der IV. Republik den Weg ebnen sollte, verkam im gnadenlosen Kampf um Mehrheitsbeschaffer zu einer unmoralischen Revolution:

Regierungspakt mit EU-Feinden und Rechtsextremen

Da die liberalkonservative Konkurrenzpartei »demokratische Bürgerplattform« nicht bereit war, die Bedingungen der Wahlsieger anzunehmen und entgegen den Erwartungen der Wähler in Opposition ging, sah sich die Regierungspartei gezwungen, die europafeindlichen populistischen Parteien »Selbstverteidigung« und die »Liga der polnischen Familien« ins Boot zu nehmen. Der Anfang Februar unterzeichnete »Stabilisierungspakt« scheiterte jedoch bald an den überzogenen Forderungen der neuen Bündnispartner. Als danach auch der verzweifelte Aufruf zur Abstimmung über eine Selbstaflösung des Parlaments und vorgezogene Neuwahlen kein

Gehör bei den Oppositionsparteien fand, wagte Jaroslaw Kaczynski den innen- und außenpolitischen Salto mortale:

Am 5. Mai schüttelte Staatsoberhaupt Lech Kaczynski im Warschauer Präsidentenpalais einem Mann die Hand, den er noch vor kurzem als Produkt des kommunistischen Geheimdienstes bezeichnet hatte. Der solariumgebräunte 51jährige Parteichef der linkspopulistischen »Selbstverteidigung« Andrzej Lepper hatte sich den Weg ins Parlament Anfang der 1990er Jahre als Anführer rebellierender Bauern mit Heugabeln und Steinen in den Fäusten gebahnt. Jetzt wurde er zum Vizeministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister der Regierung vereidigt. Bei den Parlamentswahlen 2005 hat die »Selbstverteidigung« nur 12,2 Prozent der Stimmen erhalten.

Vergessen war, daß sich der deklarierte Lukaschenko-Bewunderer einst auch für Adolf Hitler begeisterte und enge Kontakte zur »Interregionalen Akademie für Personalmanagement« in Kiew pflegt, die ihn vor zwei Jahren sogar zu ihrem Ehrendoktor machte. In seinem Jahresbericht 2004 wirft der außenpolitische Ausschuß des amerikanischen Kongresses der privaten Hochschule vor, »von Iran und Libyen finanziert zu werden und die Hauptquelle des Antisemitismus in der Ukraine zu sein«.

Vergessen war auch, daß der demagogische Moskau- und Peking-Sympathisant wegen Rufmords und unbegründeter Beschuldigungen mehrmals vor Gericht stand und nach der Verprügelung eines Mannes im Jahre 1994 eine achtwöchige Haftstrafe absitzen mußte.

Einen großen Karrieresprung machte auch der 34jährige Parteichef der »Liga der Polnischen Familien« Roman Giertych. Er erhielt neben dem Status des Vizepremiers das Ministerium für »Nationale Bildung«. Seine ultrakatholisch-nationalistische Partei wurde vor fünf Jahren aus Protest gegen die EU im allgemeinen und gegen Polens EU-Beitritt gegründet. Bei den letzten Parlamentswahlen bekam sie 7,4 Prozent der Stimmen. Vielen Polen ist bis heute in Erinnerung, wie Giertychs Abgeordnete am Vorabend des historischen 1. Mai 2004 demonstrativ den Plenarsaal des Warschauer Sejm verließen, als der deutsche Bundespräsident Johannes Rau zu einer Gastrede anhub.

Grund zur Freude über den Aufstieg ihres Ehrenvorsitzenden hatte die »Allpolnische Jugend«, die Giertych unmittelbar nach der Wende als Neuauflage der gleichnamigen nationalistisch-antisemitischen Jugendorganisation der Zwischenkriegszeit gegründet hat. Kahlgeschorene Köpfe gehören genauso zu ihren Markenzeichen wie ausländerfeindliche Ausfälle und paramilitärische Schlägertrupps, die mit der Parole »für Gott, Ehre und Vaterland« Veranstaltungen von Homosexuellen oder »Liberalen« stören.

»Ein schwarzer Tag für Polens Politik«, kommentierte wortkarg Polens erster nichtkommunistischer Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki die Aufnahme EU-feindlicher Parteien in die nationalkonservative Regierung Kazimierz Marcinkiewicz. Die Presse sprach von einer gefährlichen Koalition von »drei Führerparteien« und warnte vor den internationalen Folgen einer Unheiligen Allianz »mit den Erben der prorussischen Rechten und der prosovjetschen Linken, die immer schon konsequente Gegner des prowestlichen Kurses der polnischen Politik waren«, wie die rechtsliberale, einflußreiche *Gazeta Wyborcza* am 6. Mai schrieb. Den tieferen Sinn dieses Paktes ortete das Blatt im zynischen Bestreben des Zwillingspaars Lech und Jaroslaw Kaczynski, »einen Staat der Verdächtigungen und der Angstmacherei zu errichten«.

Außenminister Stefan Meller, der als Garant des proeuropäischen Kurses der polnischen Regierung galt, reichte seinen Rücktritt ein, die frühere Botschafterin in Österreich Irena Lipowicz legte die Funktion der Beauftragten für deutsch-polnische Beziehungen im Außenamt nieder.

Am 10. Mai meldete sich schließlich auch der Staatspräsident zu Wort. In einer »Rede an die Nation« im Anschluß an die Hauptabendnachrichten des öffentlich-rechtlichen polnischen Fernsehens bat er vor dem Hintergrund der polnischen Staatsfahne und der blauen Fahne der EU die verunsicherten Landsleute und das Ausland um Verständnis für die neue Regierungskoalition. Aus der Notwendigkeit einer parlamentarischen Mehrheit entstanden, könne sie ein »gerechteres und anständigeres Polen« schaffen. Alle Ängste vor einer Kursänderung der polnischen Außenpolitik seien unbegründet, betonte Lech Kaczyński. »Ich versichere Sie alle, daß ich als Staatsoberhaupt und als Hüter der polnischen Verfassung dafür sorgen werde, daß die polnische Außenpolitik proeuropäisch und proatlantisch bleibt.«

Traditionsbewußter Staatspräsident

In die Rolle des Staatsoberhauptes hat Lech Kaczyński erst langsam hineingefunden. Genüßlich berichtete der Boulevard von ausgetretenen Schuhen, von zu kurzen Hosenbeinen, von kleinen Fauxpas beim Shakehands mit den Großen der Welt und von fehlenden Fremdsprachenkenntnissen. Umso stilsicherer sind die Auftritte des früheren Oberbürgermeisters von Warschau auf der heimischen Bühne.

Den zu kommunistischen Zeiten zwangszelebrierten Tag der Arbeit verbrachte der Präsident stilgerecht im engsten Familienkreis. Die antikommunistische Opposition, in deren Tradition auch die Zwillinge Jarosław und Lech aufwuchsen, feierte nicht den 1. Mai, sondern hielt zum Ärger des Regimes das Gedenken an den 3. Mai 1791 hoch, als Polen sich als weltweit zweiter Staat nach den USA eine Verfassung gab.

Seit der Wende ist der 3. Mai Staatsfeiertag. Aber nach fünf Amtsjahren des legendären »Solidarność«-Anführers Lech Walesa drückte für weitere zehn Jahre ein Erbe des kommunistischen Regimes dem Präsidentenamt seinen Stempel auf. In bewußter Abhebung vom weltoffen-modernen Stil seines Vorgängers Aleksander Kwaśniewski gestaltete Lech Kaczyński diesen Feiertag traditionsverpflichtet und symbolreich.

Nach der offiziellen Ankündigung eines neuen »Museums der Geschichte Polens« würdigte der gelehrte Jurist das Verfassungswerk der Vorväter in einer Rede am Grab des unbekanntesten Soldaten als Beweis dafür, daß der Patriotismus und die Sorge um den Staat stärker sein können als die Gegner eines starken Staates. Diese Kraft werde jetzt wieder gebraucht, betonte der Präsident, denn der Staat sei heute so schwach und sanierungsbedürftig wie Ende des achzehnten Jahrhunderts. »Wir sperren niemanden aus. All diejenigen, die ein besseres Polen wollen, Pathologien bekämpfen wollen und sich nach einem starken Staat sehnen, sind zur Mitarbeit an der Reparatur des Staates eingeladen.«

Bei der anschließenden Ordensverleihung für verdiente »Solidarność«-Kämpfer, die bisher im Schatten standen, wurden auch zwei unversöhnliche Gegner der politischen Ordnung nach 1989 ausgezeichnet. Anna Walentynowicz und Andrzej Gwiazda erhielten den Orden des Weißen Adlers, den höchsten Orden, den der polni-

sche Staat zu vergeben hat. Die Entlassung der heute 76jährigen früheren Kranführerin der Danziger Leninwerft Walentynowicz hatte am 7. August 1980 die Arbeiterstreiks ausgelöst, die schließlich zur Gründung der unabhängigen Gewerkschaft »Solidarność« führten. Aber knapp vor der Wende zerbrach die enge Freundschaft zwischen Walentynowicz und Arbeiterführer Walesa. Wie Gwiazda wollte auch sie sich nicht mit dem »faulen Kompromiß« abfinden, wie sie das Ergebnis der Verhandlungen zwischen kommunistischer Führung und Opposition am »Runden Tisch« im Frühjahr 1989 bezeichneten.

Die Kommentatoren waren sich einig, daß die Ehrung der beiden »Rebellen« der »Solidarność« auch in einem politischen Kontext stand und als Geste gegen Altpräsident Lech Walesa zu verstehen war.

Mit »Historischer Politik« will auch der Präsidentenbruder Jaroslaw in die Zukunft. Ganz besonders liegt ihm dabei an der Jugend, die nach seiner Einschätzung fehlgeleitet werde. Von den künftigen Trägern der IV. Republik wird nicht mehr Modernität und Weltoffenheit erwartet, sondern Patriotismus, Kirchentreu und Disziplin. Zu diesem Zweck soll deshalb schon in Kürze ein »Nationales Erziehungsinstitut« entstehen. In einer Pressemitteilung der Regierung heißt es dazu wörtlich, daß »die Erziehung der jungen Generation nicht nur die Aufgabe von Familie und Schule, sondern auch Aufgabe des Staates« sei. Das neue Institut soll Erziehungsprogramme für die Schulen ausarbeiten und Schulungen für Lehrer organisieren, aber auch Medienmonitoring betreiben, um »pädagogisch schädliche Inhalte« auszuforschen und entsprechende Gegenmaßnahmen zu setzen.

Warnung vor Pazifisten, Feministinnen und Homosexuellen

Erste Direktiven erhielten Polens Schuldirektoren schon im März. In einem Offenen Brief warnte der stellvertretende Bildungsminister Jaroslaw Zielinski vor der Einladung von Gästen, die einen schlechten Einfluß auf die Erziehung der Schüler haben könnten. Konkret nannte er Pazifisten, Ökologen, Feministinnen und – Homosexuelle.

Zu einer ersten Kraftprobe kam es bald darauf am Warschauer Gymnasium »*Cervantes*«, dessen Schüler eine Debatte über Menschenrechte und Meinungsfreiheit planten. Auf der Liste der Diskussionsteilnehmer stand auch die frühere Regierungsbeauftragte für Gleichberechtigung. Die Schuldirektorin ließ die Veranstaltung platzen. Sie wolle wegen allfälliger Wortmeldungen im Diskussionsverlauf keine Schwierigkeiten mit dem Ministerium bekommen, rechtfertigte sie sich vor der Presse. Der Hintergrund: Nach der Machtübernahme der »Recht und Gerechtigkeitspartei« wurde die EU-weit anerkannte Funktion des Gleichstellungsbeauftragten aus dem Stellenplan der Regierung gestrichen und dafür die Position einer »Beauftragten zum Schutz des Lebens« geschaffen.

Die neue Einschüchterungspolitik ist dort am wirksamsten, wo der Staat zentralistisch durchgreifen kann – im Staats- und Verwaltungsapparat, wo u. a. künftig alle über 33jährigen auf eine eventuelle Zusammenarbeit mit der früheren kommunistischen Partei oder dem kommunistischen Geheimdienst durchleuchtet werden sollen. Viel schwieriger gestaltet sich jedoch der Kampf der Brüder Kaczynski gegen den angeblichen »inneren Feind« Polens, das omnipotente »Machtkartell«, das die Heimat, wie sie sagen, unterwandere. Die Zerschlagung und Ausschaltung dieses »Kar-

tells« – eines »Vierecks aus Geheimdiensten und alten Seilschaften, organisiertem Verbrechen, Business, Medien und Medien« – ist für die »Recht und Gerechtigkeitspartei« die Grundvoraussetzung für die Entstehung der künftigen IV. Republik.

Die Fundamente dieses Staates stehen schon – wenngleich zum Teil erst in Form von Gesetzesentwürfen:

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Überprüfung der Tätigkeit der unabhängigen Notenbank und der Bankenaufsicht, die der Vater der liberalen polnischen Wirtschaftsreform Leszek Balcerowicz leitet, soll schon in Kürze erste Zeugen befragen. Nach Jaroslaw Kaczynskis Geschmack wurden viele polnischen Banken zu billig an das Ausland verkauft, und der Anteil von siebzig Prozent ausländischen Kapitals im Bankensektor sei ebenfalls zu hoch. Die Notenbank soll deshalb in Zukunft unter die Aufsicht eines regierungskontrollierten »Superfinanzaufsichtsamts« gestellt werden.

Den starken Arm des Staates soll auch das Verfassungsgericht zu spüren bekommen. Auch oberste Richter seien nicht unfehlbar, wettete der Chef der »Recht und Gerechtigkeitspartei« nach einem Erkenntnis, das einige Punkte seines neuen Mediengesetzes als verfassungswidrig beanstandete.

»Durchleuchtung« der Medien

Zur Einschüchterung der »Vierten Macht« plant Jaroslaw Kaczynski die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die Rolle der Medien seit 1989 prüfen soll. Denn die heimischen Medien seien nicht »frei«. Sie stünden mehrheitlich unter Kontrolle ausländischer Eigentümer. Um überdies sicherzugehen, daß hinter kritischem Journalismus nicht der ehemalige kommunistische Geheimdienst steht, soll auch dieser Berufsstand künftig »durchleuchtet« werden.

Der erste Schritt zur erwünschten Wende ist schon vollzogen: Am 12. Mai wurde mit dem Print-Journalisten Bronislaw Wildstein einer der engagiertesten Ideologen der IV. Republik und Mitstreiter der »Recht und Gerechtigkeitspartei« zum neuen Intendanten des staatlichen polnischen Fernsehens TVP bestellt. Vor rund einem Jahr schmuggelte der dreiundfünfzigjährige frühere Bürgerrechtskämpfer aus dem »Institut des nationalen Gedenkens« (IPN) eine Liste mit 240.000 Namen von angeblichen Mitarbeitern des ehemaligen kommunistischen Geheimdienstes und veröffentlichte diese im Internet. Dem neuen Präsidium des traditionell unter Regierungskontrolle stehenden staatlichen Fernsehens gehören drei Vertreter der »Gerechtigkeitspartei« und je ein Vertreter der Koalitionsparteien »Selbstverteidigung« und »Liga der Polnischen Familien« an. Bei letzterem handelt es sich um den radikalen Aktivisten der »Allpolnischen Jugend« Piotr Farfal, der öffentlich seinem Haß gegen die EU und gegen die Deutschen artikuliert.

Zur stärksten Waffe soll sich jedoch die »Zentrale Antikorruptionsbehörde – CBA« entwickeln, deren Gründung erst mit Hilfe der neuen Koalitionspartner eine parlamentarische Mehrheit erhielt. Ihre fünftausend handverlesenen Beamten sollen uneingeschränkte Machtbefugnisse erhalten und nur dem Ministerpräsidenten unterstehen. Die Opposition befürchtet, daß die »Antikorruptionsbehörde«, die nach Bedarf abhören und bespitzeln darf, die Rolle einer politischen Polizei spielen soll.

Die Vorhaben der Nationalkonservativen haben einen gemeinsamen Nenner: Sie sollen den Vormarsch der liberalen »Bürgergesellschaft« stoppen, in der Jaroslaw

Kaczynski den größten Feind starker Staaten sieht. »Die Strukturen der Bürgergesellschaft stehen im Gegensatz zu Politik und Staat«, sagte Kaczynski am 21. April in einem Interview für die Tageszeitung »Dziennik«.

Das alte »Kartell« darf sich zu fürchten beginnen. Das neue Kartell »Kaczynski–Lepper–Giertych« will so rasch wie möglich die Rahmenbedingungen für den Staat der Zukunft schaffen.

Einen Staat, in dem Ordnung herrschen soll, hatte Jaroslaw Kaczynski bereits in seiner programmatische Kampfrede im Sejm am 17. Februar angekündigt:

»Es wird in Polen keine Diktatur geben. Und nur ein sehr dummer Mensch kann einer solche Bedrohung Glauben schenken. Es wird auch keinen Autoritarismus geben, denn auch das können nur sehr dumme Menschen glauben. Hingegen wird in Polen Ordnung sein.«

Jetzt könnte sich Jaroslaw Kaczynski zufrieden zurücklehnen. Trotz moralischer Entrüstung über seinen faustischen Pakt mit Lepper und Giertych in den Leitmedien des Landes bestätigen Meinungsumfragen die Richtigkeit seines Kurses. Die »Recht und Gerechtigkeitspartei« bleibt Favorit. Die Mehrheit der Polen sehnt sich nach einer Regierung der starken Hand und nach einem unerbittlichen Kampf gegen Kriminalität und Korruption. Akzeptanz findet im katholischsten EU-Mitgliedsstaat Polen überdies auch die von der »Liga der polnischen Familien« angekündigte patriotische Erziehung an allen öffentlichen Schulen und Religion als Prüfungsfach bei der Reifeprüfung. Die landesweiten Proteste von Schülern und Studenten gegen die Politik des neuen Bildungsministers haben keinen Eindruck auf die Regierung gemacht. Das seien die Aktionen von »Linken und Homosexuellen«, sagte der neue Bildungsminister Roman Giertych. Sein engster Mitarbeiter Wojciech Wierzejski forderte am 16. Mai in einem die Minister für Justiz und Inneres in einem Schreiben auf, die Verbindungen zwischen homosexuellen Kreisen, Kinderschändern und der Drogenmafia zu untersuchen.

Die oppositionelle liberale »Bürgerplattform« hat sich verrechnet. Sie hatte auf einen baldigen Rücktritt der Minderheitsregierung Marcinkiewicz gesetzt. Mit der unheiligen Allianz der Rivalen mit EU-feindlichen Parteien zur Absicherung ihrer Macht hatte man hier bis zuletzt nicht gerechnet.

Die Linke ist nach der letzten Wahlschlappe zerfallen, führungslos und schwach. Ihr Hoffnungsträger Altpräsident Aleksander Kwaśniewski zeigt keine Begeisterung für einen neuerlichen Einstieg in die Niederungen der polnischen Innenpolitik. Seit dem Verlust der Immunität nach Ende seiner zehnjährigen Präsidentschaft muß er sich immer wieder der Staatsanwaltschaft stellen, die gegen ihn, seine Frau Jolanta und seine Mitarbeiter ermittelt.

Der politische Plan von Jaroslaw Kaczynski ist jedoch nicht nur für eine Legislaturperiode konzipiert. Um seine Staatsvision zu verwirklichen, muß Bruder Lech in vier Jahren die Wiederwahl zum Präsidenten schaffen und die »Recht und Gerechtigkeitspartei« auch die nächsten Parlamentswahlen gewinnen. Dann will der Chefideologe der Nationalkonservativen allerdings schon Chef einer mächtigen christdemokratischen Sammelpartei sein, die das ganze politische Spektrum rechts von der Mitte aufsaugen würde.